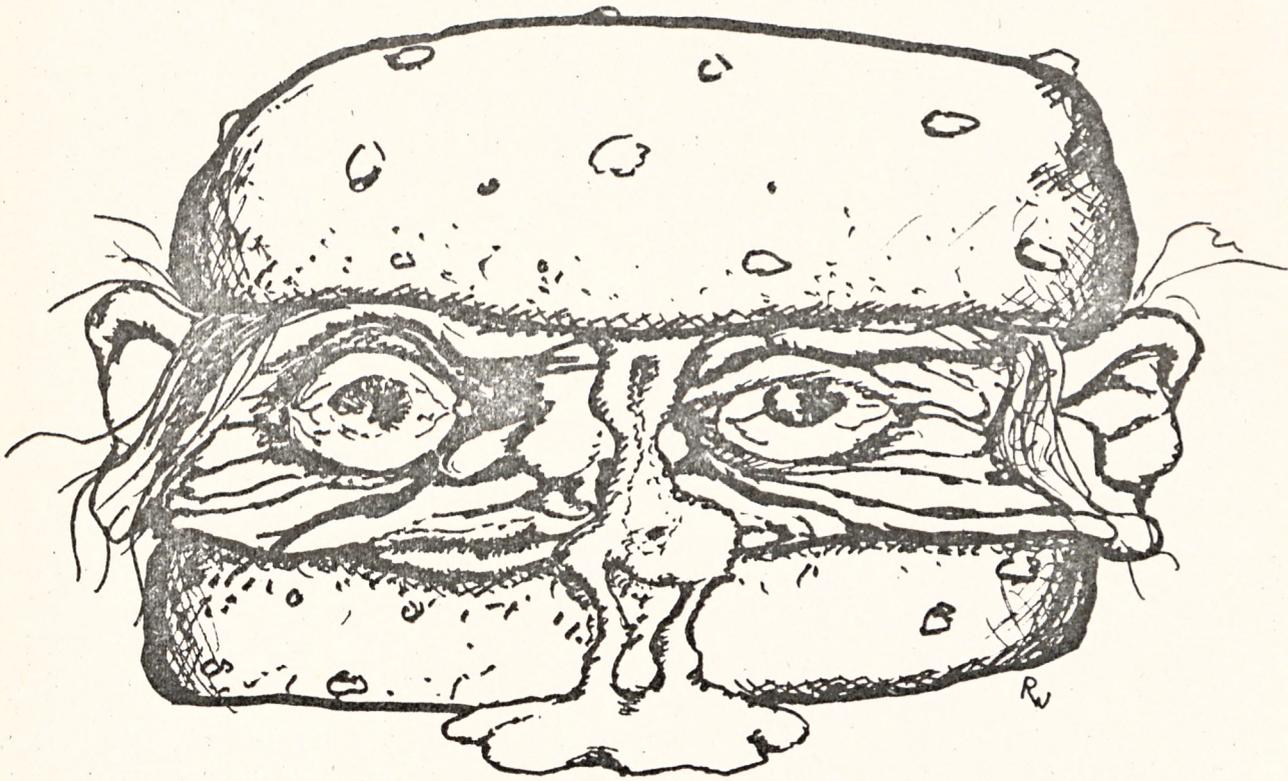


SCHLAG LICHT

Nr. 18

26.4.82

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



**ORIGINAL
BILDUNGSBURGER**

SCHLAGLICHT!erscheint
14-tägig**Impressum**

Redaktion:
Christel Fischer
Bernd Golle
Michael Siebel
Franz Nagel
Ulli Buntenbruch
Marianne Nowak
Roland Wengenmayr

V.i.s.d.P. AStA der
TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr 19
4.5.82

Herausgeber: AStA der THD

Inhalt

Bildungsausverkauf	2
Studienreform einmal anders	6
Lehrerstudium was dann	8
Bericht aus dem Stupa	9
Hochschulpolitische Nachrichten	11
Veranstaltungen	12

BILDUNGS AUSVERKAUF !

Die Sparmaßnahmen des Bundes und der Länder im Bildungsbe-
reich schlagen allmählich durch;
die Kürzungen, die offen oder ver-
steckt durchgeführt werden, machen
sich überall bemerkbar: In Stel-
lensperrungen und Stellenstrei-
chungen an Schulen und Hochschu-
len, in Mittelkürzungen für Lehre
und Forschung, Schließung ganzer
Fachbereiche, reale Senkung des
BAFÖG (trotz erfolgter "Anpas-
sung")... die Liste wäre noch
weiterzuführen.

In mehreren Artikeln wollen wir
Euch über die finanziellen Kür-
zungen und deren Folgen informie-
ren und darüber, was Politiker
sich ausdenken, um die Folgen
als "nicht so schlimm" verkau-
fen zu können.

KÜRZUNGEN AUF BUNDESEBENE

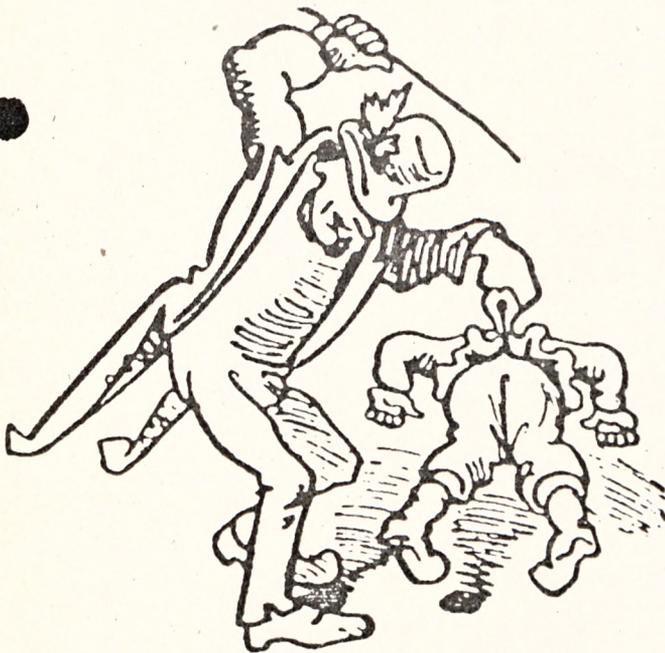
Eine Fortschreibung des Bildungs-
gesamtplanes wird es nicht geben!

Die Fortschreibung des Bildungs-
gesamtplanes durch die Bund-Län-
der-Kommission (BLK) für die De-
kade 1980-1990 ließ bereits seit
zwei Jahren auf sich warten. An-
fang diesen Jahres kamen die Ver-
handlungen in eine heiße Phase:
es ging eigentlich nur noch um
die Finanzierung. Das Bildungs-
budget, das die Finanzminister-
konferenz denn zu genehmigen be-
reit war, betrug etwa 8 Milliar-
den Mark weniger als die Forderun-
gen der BLK - bezogen auf das
Eckjahr der mittelfristigen Fi-
nanzplanung 1985. Ende Januar be-
stätigten die Finanzminister
ihre restriktive Haltung: für
das Eckjahr 1985 stellten sie 85
Milliarden in Aussicht - die Min-
destforderung der Bildungsplaner
betrug 90 Milliarden, ursprüng-
lich sogar 94 Milliarden Mark.
Bundesbildungsminister Björn
Engholm (SPD), der Leiter der
BLK, bezeichnete diese Forderung
als den "unabweisbaren Bedarf des
Bildungswesens".

Ein nochmaliges Gespräch Ende Februar zwischen den Finanzministern der Bundesländer und der Bundesländer-Kommission brachte kein Ergebnis.

Die Folgen verdeutlichten Bundesbildungsminister Engholm und sein Stellvertreter, Baden-Württembergs Wissenschaftsminister Prof. Helmut Engler: sie wiesen darauf hin, daß ein Festhalten an dem begrenztem Finanzrahmen die Streichung von mindestens 50 000 Lehrerstellen bedeute. Damit kann nach Engholm in den kommenden Jahren nicht eine einzige freiwerdende Lehrerstelle neu besetzt werden.

Die Forderung der Finanzministerkonferenz, die heutigen Schüler-Lehrer-Relationen einzufrieren, wird sogar dazu führen, daß bis 1985 mehr als 100 000 Lehrerstellen wegfallen müssen (!). Im Bundesbildungsministerium wird darauf verwiesen, daß es in diesem Falle keinerlei Möglichkeiten gäbe, den noch bestehenden zusätzlichen Lehrbedarf in den berufsbildenden Schulen, zur Verringerung des immer noch zu hohen Unterrichtsausfalls sowie zur Betreuung von Problemgruppen unter den Schülern, vor allem der ausländischen Jugendlichen, abzudecken.



„FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE
SCHULPOLITIK“

Eine weitere Folge wäre, daß der Personalbestand der Hochschulen verringert werden müßte - trotz steigender Studentenzahlen.

Da alle Versuche der BLK, doch noch mit den Finanzministern zu einer Einigung zu kommen, scheiterten, beschloß sie am 29. März, die Arbeiten an der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes auszusetzen und zunächst den Regierungschefs von Bund und Ländern zu berichten.

Ein solches "Aus für die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern" bedeutet, daß aus finanzpolitischen Gründen die Bildungspolitik zu Grabe getragen wird, und daß die Konsequenzen eintreten werden, die oben schon andeutungsweise beschrieben worden sind.

Die einzige Möglichkeit, die noch bleibt, ist die, daß die Bildungsministerien der Länder versuchen, möglichst viel von ihren Finanzministern locker zu machen.

Aber wer wagt auf solches noch zu hoffen?

KÜRZUNGEN AUF LANDESEBENE

Die Kürzungen auf Landesebene nehmen ganz schlimme Formen an. Dies soll am Beispiel von Nordrhein-Westfalen (NRW) dargestellt werden.

In NRW besteht vielleicht eine besonders schwierige Situation, da durch Milliardenfehlplanungen im Hochschulbereich - insbesondere die Klinikbauten Aachen, Bochum, Essen, Köln und Münster - es an allen Ecken und Enden fehlt. (Zur Information: für das Klinikum Aachen, ein riesiges, fütterliches Monstrum, steht wegen Fehlplanungen und wegen der Folgekosten eine noch nicht absehbare Rechnung von Milliardenhöhe ins Haus).

Doch macht gerade diese Lage in NRW auch eines besonders deutlich, vielleicht symptomatisch für andere Bundesländer: die Kürzungen kommen nicht nur daher, "weil einfach kein Geld da ist". Fehlplanungen von größtem Ausmaß im

Hochschulbau tragen einen großen Teil dazu bei.

So stehen in Bochum seit 1968 zwei Medizingebäude mit jeweils rund 10 000 Quadratmetern leer. Gleichzeitig kommt das vielfach versprochene und vor fünf Jahren begonnene Bochumer Studentenwohnheim, das auch den so notwendigen Wohnraum für behinderte Studenten schaffen sollte, nicht auf die Füße. Wie zum Hohn steht vor einer riesigen Baugrube seit fünf Jahren ein Bauschild: Hier baut die Landesregierung...



Aber auch die Volkshochschulen sind stark betroffen. Jahrelang die Lieblingkinder aller Bildungspolitiker, befürchtet man nun die Einführung eines Numerus clausus wegen der Kürzungen. Denn in NRW werden 1982 die Zuschüsse an die Volkshochschulen um bis zu 40% gekürzt. Kürzungen im Kursangebot sind die Folge: Düsseldorf mußte das Kursangebot um 20% kürzen, die VHS-Bochum um 25%, VHS-Marl im Sprachenbereich sogar um 50%.

Gleichzeitig wurden alle Studiengebühren drastisch angehoben. In Duisburg um 50%, in Bochum teilweise um 90%, in Düsseldorf für einige Kurse um 100%.

Das verringerte Angebot wird den Kampf um die begehrten VHS-Plätze härter machen, worin VHS-Lehrer einen "numerus clausus" sehen. Auch der Zeitpunkt der Kürzungen ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten: gerade heute müssen für die stark anschwellende Zahl der Asylanten vermehrt Deutschkurse und für die vergrößerte Gruppe arbeitsloser Jugendlicher weiterführende Schulabschluß-Kurse angeboten werden.



DRASTISCHE KÜRZUNGEN IM STUDIEN- ANGEBOT DER HOCHSCHULEN

Inzwischen haben die "leeren Haushaltskassen und die steigenden Studentenzahlen" die Regierung in NRW zu neuen Eskapaden gezwungen: "Umschichtung" heißt das Zauberwort, womit Mittel und Stellen vor allem für die Großkliniken bereitgestellt werden sollen (siehe oben, und dann schließt sich wieder der Kreis!).

Wo sollen die Mittel und Stellen, bei leeren Staatskassen, herkommen?

Nun, ganz einfach: In den nächsten Jahren sollen "Konzentrationen und Strukturveränderungen im Studienangebot" durchgesetzt werden. Diese phänomenale Idee von Wissenschaftsminister Hans Schwier sieht die Verlagerung einzelner Studiengänge vor, wobei das Studienangebot "gestrafft und stärker auf die Nachfrage am Arbeitsmarkt" ausgerichtet werden soll. Das heißt im Klartext:

Kapazitäten vor allem in der Lehrerausbildung werden drastisch abgebaut.

- Die Lehrerstudiengänge für den Primarbereich sollen in Aachen, Duisburg und Paderborn eingestellt werden. Das bedeutet eine Reduzierung des Studienplatzangebotes um 25%

- Ebenfalls um 25% reduziert werden soll das Studienplatzangebot im Sekundarbereich I.
- Einzelfächer, in denen "deutlicher Lehrerüberschuß" besteht, sollen an bestimmten Hochschulen ganz eingestellt werden.

Darüberhinaus sieht dieses Spar-konzept die Verringerung der Aus-bildungskapazität u.a. in den folgenden Studiengängen vor:

- in Anglistik um 30%
- in Physik um 30%
- in Mathematik um 30%
- im Bereich Sozialwissenschaf-ten/Soziologie/Politikwissen-schaften um 15 %
- in Germanistik um 25%
- in Geschichte um 25%
- in den Fächern Sozialarbeit/ Sozialpädagogik/Pädagogik um 30%

Und das bei steigenden Studenten-Zahlen !!
(Na, Prost Mahlzeit).



Das Sparkonzept trifft nun - Gott seis getrommelt und gepfeifen - auf immer mehr Kritik von allen Seiten; die Hochschulen, verschiedene Verbände, Politiker aus Opposition und aus den eigenen Reihen sowie die GEW laufen Sturm gegen diese Entscheidungen.

Droht eine solche Entwicklung auch uns?

Wir meinen Ja, denn diese Überlegung - im kleinen eigentlich schon oft praktiziert - könnte weiter Schule machen:

Um die größten Löcher an Stellen und Mittel stopfen zu können, muß umgeschichtet werden. Dies läßt sich am einfachsten dadurch bewerkstelligen, daß man behauptet, in dem und jenem Bereich gäbe es zu viele Studenten. Da dies arbeitsmarktpolitisch höchst ungünstig sei, streicht man die Ausbildungskapazität zusammen. Die freiwerdenden Stellen und Mittel können "umgeschichtet" werden. Fertig.

Vielleicht ist auch in Hessen der Anfang zu einer solchen Entwicklung schon gemacht: Vor zwei Wochen flatterte den Lehramtskandidaten höherer Semester und den Referendaren eine kleine Broschüre ins Haus. (siehe auch Bericht an anderer Stelle dieser Ausgabe)

Verfasser: Der Kultusminister des Landes Hessen. Inhalt: Bitte nicht mehr Lehrer werden, es gibt halt keine Stellen. Macht also lieber euer Diplom. Ob das eure Lage besser macht, wissen wir zwar nicht. Hauptsache, ihr werdet nicht Lehrer.

Alle Empfänger, insbesondere diejenigen, die gerade mitten im Examen stehen, haben sich irre gefreut: liegt doch mal wieder eine neue Aufgabe vor ihnen...

So wird also von der Landesregierung das alles weitergegeben, was die restriktive Haltung der Finanzministerkonferenz der Bund-Länder-Kommission schon klar darstellte:

AUSVERKAUF DER BILDUNG

(in der nächsten Ausgabe geht's weiter)



Studienreform - einmal anders!

Es gibt ja Leute, die meinen, daß das ganze rumreformieren von Studienordnungen alles für die Katz sei - man müsse nur die "richtigen" Leute an die Hochschule holen.

Angesichts dieser Aussage erklärte ich mich bereit, den unbeliebten Job des studentischen Vertreters in einer Berufungskommission zu übernehmen. Solche Berufungskommissionen werden von den Fachbereichen eingerichtet, wenn ein Professor emeritiert oder wegberufen wird, oder eine neue Planstelle geschaffen wird. Letzteres passierte allerdings in den vergangenen Jahren seltner.

Um gleich von vornherein keine falschen Vorstellungen oder Hoffnungen aufkommen zu lassen. Auch diese Kommissionen sind mehrheitlich von Professoren besetzt und somit studentische Beteiligung, wie fast überall, nur demokratisches Alibimäntelchen.

Nachdem die Fachschaftsgruppe mich benannt hatte, der Fachbereichsrat die Kommission bestätigte der Senat das Votum des Fachbereichs absegnete und offenbar der Kultus-

minister gegen die Zusammensetzung der Kommission auch nichts einzuwenden hatte, konnte nun fröhlich mit der Arbeit begonnen werden.

Zuerst mußte ein Ausschreibungstext verfaßt werden. Doch weit gefehlt, wenn man nun annehmen würde, daß dies so ganz zwanglos abgehen würde. Nein, nein! Am liebsten wollen natürlich alle eine Kapazität, die in Forschung und Lehre betucht, kaum Geld will, am Besten noch etwas mitbringt, Ruf und Ehre des Fachbereiches hebt und obendrein noch kolligial und nett ist.

Doch solche Supermänner (ja Männer! es hatten sich auch Frauen beworben, aber dazu später) gab es nicht, und so muß man sich mit niederen Chargen begnügen. Darüber hinaus hatte der Präsident eine Bedingung an die Freigabe der Stelle geknüpft:

Sie muß anwendungsorientiert etwa "Biotechnologisch" ausgeschrieben werden. (Unter Biotechnologie versteht man die großtechnische Umsetzung biologischer Vorgänge. Beispielsweise würde die massenhafte Züchtung von Bakterien darunter fallen.)

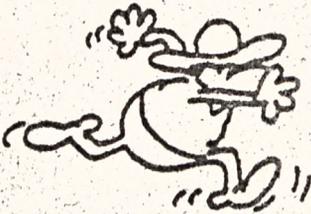
Damit wollte Böhme augenscheinlich den Ruf der guten alten "technischen" Hochschule Darmstadt mal ein bißchen heben.

Doch die Profs am Fachbereich hatten gänzlich andere Vorstellungen. Wenn schon keine Koryphäe, dann doch bitte ein handliches, pflegeleichtes Professörchen, was kaum Platz und Feld braucht und gut in die eine oder andere Arbeitsgruppe paßt.

Ich wollte jemanden haben, der sich in der Lehre qualifiziert hat. Na bitte:

"Der Stelleninhaber soll im Rahmen der Ausbildung ... Lehrveranstaltungen ... übernehmen." (Bla, bla. Das steht in jedem Ausschreibungstext.)

Auf die Ausschreibung in den renomiertesten Blättern unseres Landes (nicht in der taz und im Pflasterstrand - zu dumm) meldeten sich 29 Personen, darunter 5 Frauen (ist ne' ganze Menge für einen naturwissenschaftlichen Fachbereich). Namen mit Kursbeschreibungen, bei näherer Befassung mit der Liste konnte man Einsicht nehmen in die zugesandte Bewerbung: Lebenslauf, Veröffentlichungen, wissenschaftlicher Werdegang, Forschungsrichtung, Liste der Lehrveranstaltungen...



Eingie Leute schienen mir ganz interessant - nach Aktenlage, doch entscheiden tun die Profs.

"Zu jung!" "Gebiet für uns uninteressant," "bescheidenes Niveau!" "den kenn ich, kein besonders produktiver Typ!" "Bei seinen 37 Veröffentlichungen sind 11 populärwissenschaftliche dabei, Bild der Wissenschaft und sowas, also ich würde solche Sachen ja nicht angeben!"

Gerade das fand ich toll, daß einer sich mal die Mühe gemacht hat und sein Forschungsgebiet allgemein verständlich versucht hat darzustellen.

Aber nein, man will ja unter sich sein. Sieben Kandidaten (zwei Frauen) kommen in die engere Wahl und wurden zu einem Vortrag eingeladen. Ich schrieb an die Fachschaften und holte deren Meinung unter den Aspekten: Beteiligung an Gremienarbeit, Kooperation mit Studenten, Fachdidaktische Fähigkeiten, besondere Lehrveranstaltungen, (z.B. fachübergreifende Lehre, Orientierungswochen) ein.

Nachdem auch die Vorsingerei überstanden war, mußte nun eine Liste oder Reihung gemacht werden. Zu diesem Zweck holt man manchmal Gutachten ein, die von Leuten erstellt werden, die auf einem ähnlichen Gebiet arbeiten. Schließlich sind auch diese eingetrudelt und man konnte sich entscheiden. Bei einer Frau hatte man Bedenken, da sie in der selben Arbeitsgruppe wie ihr Mann tätig war, ob sie tatsächlich zu selbstständigem wissenschaftlichem Arbeiten fähig sei. Und außerdem wisse man ja nie, ob die Frau wirklich "ernste Absichten habe" (nicht falsch verstehen), den Hochschulort zu wechseln. "Die Familie und so, man kennt das ja."

Natürlich wurde bei den männlichen Kollegen die Frage nicht gestellt. (Der Mann steht seinen Mann - Wa?) Aber eigentlich ist ja nur, nur, die wissenschaftliche Qualifikation ausschlaggebend (Da ist sie ..., die Qualifikation!)



Nach qualvoller Wahlentscheidung der Liste (1., 2., 3.) war nun erstmal Ruhe. Der Senat bestätigte die Reihung und alles schien sich der freudigen Wiederbesehung zuzuwenden, als plötzlich, unerwartet aber bestimmt, der Präsident sich in den Entscheidungsfindungsprozeß einschaltete.

"Die Biotechnologie, zumindest die Anwendung ist in der Reihung nicht berücksichtigt!" In der Tat, daran hatte niemand mehr so richtig denken wollen und auch nicht angenommen, daß der Präsident die Frechheit besitzt, in die heiligen Entscheidungen des Fachbereiches, ja des Senats (pfui!) einzugreifen. Aber er griff, heftig! Ein letztes mal lief unser Fachbereich Sturm, verfaßte "löse" Briefe und "dienstliche" Erklärungen, man "protestierte schärfstens" gegen die Mittelkürzungen im Herbst hatte man nur "entschieden protestiert", schwang Reden von Autonomie... und bekam mitgeteilt, daß die Stelle leider gestrichen sei.

Die Haushaltslage! Man solle bitte verstehen, es müsse auch mal ne Professorenstelle gestrichen werden.

Leider kann ich mir die vertane Zeit nicht rückerstatten lassen.

So ist das mit den Kollegialorganen der Hochschule!

LEHRERAUSBILDUNG - UND WAS DANN ?

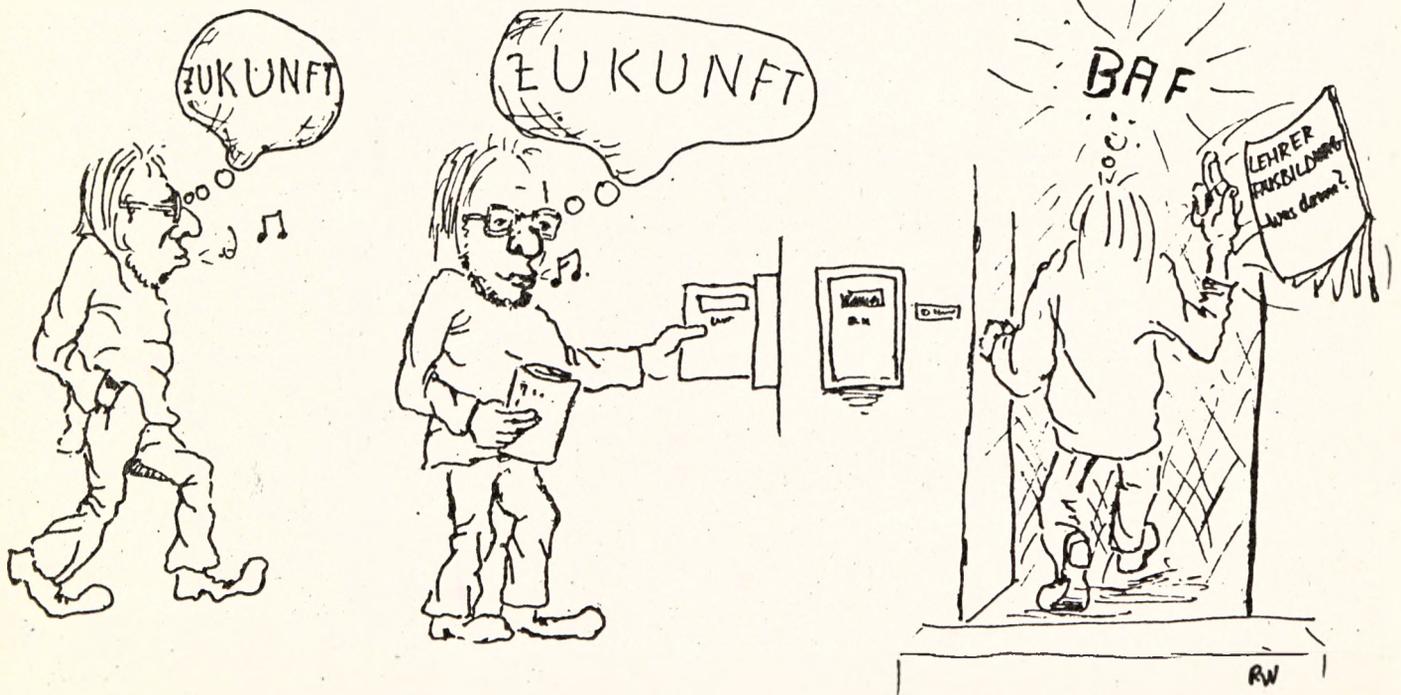
Im März dieses Jahres erhielten Lehramtsstudienanfänger der höheren Semester eine wichtige Broschüre vom Kultusministerium in Hessen mit dem Titel:

"Lehrausbildung -
und was dann ?

In dieser Broschüre werden kurz die negativen Berufsaussichten und deren Gründe für den Lehrberuf erläutert. (Diese Broschüre nennt sich Informationsschrift d.h., es wird über Inhalte informiert, die hinlänglich bekannt sind.)

Der Aufbau der Informationsschrift ist fast chronologisch zu charakterisieren. Zuerst wird über die Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Schule berichtet. Dort kann man die längst bekannten Gründe für die "schlechte" Arbeitsmarktlage für Lehramtsbewerber nachlesen. Da ist einmal die fast seit 10 Jahren geführte Begründung des Geburtenrückganges, der sich nun überall bemerkbar machen sollte, aber immer noch gibt es in den Grundschulen Klassenstärken von 30-40 Schülern pro einem Lehrer. Zum weiteren ist das Durchschnittsalter der Lehrerschaft zurückgegangen, d.h. "das auf lange Sicht nur ein geringer altersbedingter Ersatzbedarf erforderlich ist". Und schließlich ist die Finanzlage der öffentlichen Hand angespannt. Dieser

rückläufigen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt steht aber immer noch eine hohe Zahl von Lehramtsstudienanfänger gegenüber, obwohl auch diese Zahl sich in den letzten Jahren reduziert hat. Im Jahre 1974 waren es 40% aller Studienanfänger und im Jahre 1977-1980 20% aller Studienanfänger. Aber trotzdem wurde in einer Prognose für das Jahr 1990 eine Zahl von über 30.000 für den Schuldienst bereitstehende Lehrer errechnet. In Hessen kann die Zahl bis 1985 auf über 16.000 anwachsen. Die Prognose endet mit dem Satz, daß von Jahr zu Jahr mit einem wachsenden Einstellungsrisiko zu rechnen sei. Die hier angeführten Gründe zeigen deutlich die Wirkungsweise der Informationsschrift und auch gleichzeitig unser gesellschaftliches Verhältnis von Ursache und Wirkung. Es wird deutlich gemacht, daß jeder einzelne Lehramtsstudent über seine persönlichen Berufsaussichten reflektieren soll. So gibt es Vorschläge über eine Zusatzprüfung, die aber nicht unbedingt Aussicht auf Erfolg verspricht. Oder das man z.B. mit niedrigeren Berufsqualifikationen Vorlieb nehme, da dies immer noch besser ist, "als gänzlich draußen zu bleiben." "Wenn man erst einmal "den Fuß in der Tür hat", sind



die Aufstiegsmöglichkeiten für (Hoch-) Qualifizierte nämlich nach wie vor recht günstig" (S.14).

Die Problemlösung wird mit dieser Methode auf jedes Individuum selbstgelegt. Die Überlegungen, die sich vielleicht einige Lehramtstudiengänger machen, ob sie nicht vielleicht ihr 1. Hauptfach als Diplom-Studiengang beenden sollen, oder vielleicht sogar ihr Studium ganz und gar beenden sollen, dies sind Nebenwirkungen, die die Broschüre auch bewirken soll.

Es wird aber nicht gesehen, daß die angebotenen Lösungen nur scheinbare sind, die die Ursachen der Arbeitsmarktsituation überhaupt nicht berühren. Das Problem wird nur in einen anderen Bereich verlagert, was ja wohl zweifelsohne die Politik und die Funktionsweise unserer Gesellschaft widerspiegelt.

Es wird kaum gefragt, warum unser Wirtschaftssystem in diese Krise geraten ist. Die Krise wird hingenommen, schließlich ist sie international und es gibt Länder zu deren Vergleich die BRD immer noch ein "Wirtschaftswunder" ist. Auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für den ungünstigen Arbeitsmarkt wird die Finanzkrise hingenommen und mögliche andere Gründe - die aber oft nur eine Folge der Finanzkrise sind werden genannt. Eine weitaus bekanntere Methode ist, daß die Gründe auf den individuellen Bereich verlagert werden. Wir tun ja unser Möglichstes, ihr seid auch von uns informiert worden und Verbesserungsvorschläge haben wir euch auch gemacht. Nun seid ihr dran, damit diese schlechte Lage gelöst werden kann!



AUS DEM STUPA

Zum ersten mal in diesem Semester trafen sich die Studentenparlamentarier zu einer Sitzung des Stupas. Ganz am Anfang nahm das Parlament den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zu Kenntnis und stimmte ihm positiv zu. Damit sind die AstA Referenten des Jahres 1980 entlastet. Dies ist relativ wichtig, da die Finanzen der Studentenschaft der Prüfung des Rechnungshofes unterliegen.

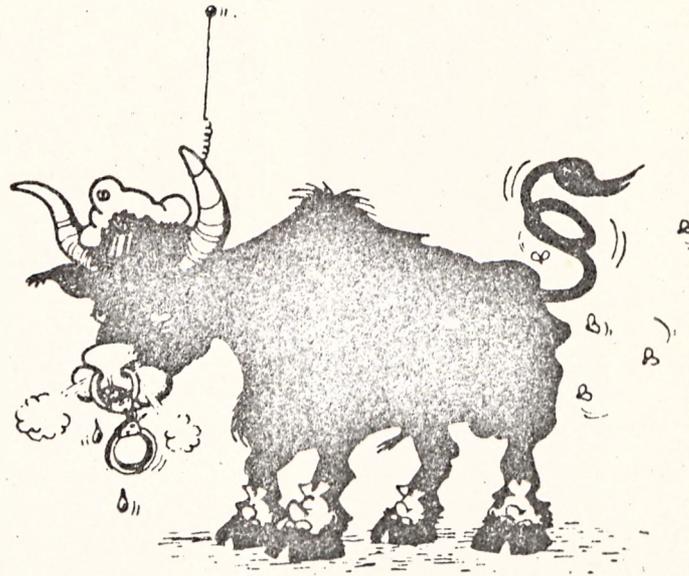
Danach wurden erste Vorbereitungen für die Wahl zum Studentenparlament in diesem Semester getroffen. Das Parlament wählte den Wahlausschuß, der für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl verantwortlich ist. Mitglieder des Wahlausschusses wurden: Bertold Fuld, A.Porth und Ralf Gauselmann.

Neben der Wahl zum Studentenparlament wird Ende Juni auch der zweite Durchgang zur Urabstimmung über die Satzung der Studentenschaft durchgeführt. Schon bei den letzten Wahlen wurde darüber abgestimmt und die große Mehrheit der Studenten hatte sich für den vorgelegten Entwurf einer Satzung ausgesprochen. Daß die Satzung aber noch nicht angenommen ist, liegt daran, daß beim ersten Durchgang noch nicht die notwendige Beteilung erreicht wurde.

Die Durchführung der Urabstimmung obliegt dem Urabstimmungsausschuß, in den Bertold Fuld und Holger Gehbauer gewählt wurden.

Eine relativ lange Diskussion gabs dann beim Tagesordnungspunkt "Numerus Clausus in ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen" Wie wir schon berichtet hatten, hatten die Ausschüsse der TH beschlossen, in den Technischen Fachbereichen, außer Bauingenieurwesen, für das nächste Semester einen N.C. einzuführen. Diese Entscheidung war insbesondere auf Widerstand beim Fachbereich 1 gestoßen. Dort meint man, durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten, noch alle Studenten aufnehmen zu können.

Der limitierende Faktor bei den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen ist aber nicht unbedingt die eigene Kapazität, sondern die der sogenannten Zubringerfachbereiche. Hier hatten sich wesentliche Engpässe ergeben. Prinzipiell lehnte das Stupa natürlich einen N.C. ab, trotzdem wurde in der Diskussion auch angesprochen, daß es nicht zu rechtfertigen sei, an der THD viele Studenten aufzunehmen wenn man genau wisse, daß nach dem Vordiplom ein hoher Prozentsatz rausgeprüft werde. Dies wird um so unsinniger, wenn man weiß, daß an anderen Hochschulen in der BRD noch Studienplätze frei sind. Wenn man schon die Krise mitverwalten muß, dann erscheint ein zentrales Vergabesystem noch am geeignetsten, eine gerechte Verteilung der Studienplätze zu erwirken.



**AUF WELCHEN BEINEN STEHT
DER DEUTSCHE BULLE?**

Unter dem Tagesordnungspunkt Anträge bekräftigte das Parlament nochmals seinen Protest gegen das

— Politische Caricaturen. —



Kultusministerium, den geplanten Kindergarten auf dem formalen Weg kaputtzumachen. In einem Brief hatte der KuMi "rechtliche und finanzielle" Gründe gegen eine Trägerschaft des Studentenwerks geltend gemacht. Diese Entscheidung soll nun nochmal überprüft werden.

Weiterhin wurde ein Antrag mit deutlicher Mehrheit angenommen, in dem das Parlament gegen das "Heidelberger Manifest" protestiert. Dieses Manifest wurde Anfang dieses Jahres von einer Reihe Professoren herausgegeben und beinhaltet faschistoide Ansätze von Ausländer und Fremdenhaß. Unter anderem ist dort von "Überfremdung" und "Durchmischung" des deutschen Volkes die Rede. Es ist schon ein ganz schöner Hammer, daß solche Sachen relativ unbeschadet immernoch veröffentlicht werden können.

Der AStA wurde beauftragt, darüber näher zu informieren und zu dieser Schweinerei Stellung zu nehmen.

Hochschulpolitische Nachrichten

"Abiturientenberg" erst 1987

Bonn. - Nicht bereits 1983, wie bisher vorausgesagt, sondern erst 1987 wird die vor allem von den Hochschulen mit Sorge erwartete Höchstzahl von Abiturienten in der Bundesrepublik zu verzeichnen sein. Das ergibt sich aus einer neuen Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) über die Schüler- und Absolventenzahlen der Jahre 1979 bis 1995. Mit diesen neuen Voraussagen werden Berechnungen vom Sommer 1978 (auf die sich die bisherigen Mittelkürzungen stützten !!!, Anm. d. Red.) aktualisiert. Danach wird der Höchststand bei den Abiturienten 1987 mit 282.000 erwartet. 1981 hatten 195.300 Abiturienten die Schule verlassen.

(dpa-dienst für Kulturpolitik vom 19.04.82)

Anm. der Red.: Aber keine Angst,
die Leute werden nicht alle studieren (können) -
das Studienplatzangebot wird rechtzeitig gekürzt!!!

Und nun 2 Tips für zukünftig arbeitslose Lehrer:

Frankfurt. - Interessenten für das Fach Informatik, das als Studiengang an der Fernuniversität Hagen angeboten wird, können sich im Studienzeitraum für Fernstudenten der Universität Frankfurt beraten lassen. Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Fachleuten mit Kenntnissen in Informatik auf dem Arbeitsmarkt bietet sich besonders für arbeitslose Lehrer auf diesem Gebiet eine sinnvolle Ergänzung ihres bisherigen Studiums, teilte die Pressestelle der Frankfurter Universität mit.

(dpa-dienst für Kulturpolitik vom 11.04.82)

Mainz. - Studienbewerber, die trotz der ungünstigen Beschäftigungssituation ein Lehramt anstreben, sollten vor Studienbeginn einen zusätzlichen Beruf erlernen. Diesen Ratschlag gab der rheinland-pfälzische SPD-Landtagsabgeordnete Roland Härtel, mit dem Hinweis darauf, daß vor dem Hintergrund des bestehenden Lehrerüberschusses die Aufnahme des Lehrerstudiums für Abiturienten ohne das "Auffangnetz" einer qualifizierten Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf unvertretbar sei. Außerdem könne eine berufliche Ausbildung künftiger Lehrer angesichts der zunehmenden Klagen über einen praxis- und lebensfernen Unterricht an den Schulen auch in dieser Hinsicht eine positive Wirkung haben.

(dpa-dienst für Kulturpolitik vom 29.03.82)

Anmerkung der Redaktion: Kein Kommentar!

VERAN-

DI 24.4.
HUGH BLYTH

(FOLK ROCK)
3.- DM

HERAUS ZUM
SA 1. MAI,
DEN INTERNATIO-
NALEN KAMPTAG
DER ARBEITERKLASSE!



IM SCHLOSSKELLER:
ALFRED LOVA
SWINGTETT
(ZIGEUNER-SWING)

FR 7.5.
GEIER-
STURZFLUG

REGGAE AUF DEUTSCH
AUS DEM
RUHRPOTT

MI 12.5.
FILM
"EXODUS"
MIT BOB MARLEY

& REGGAE-
DISCO

STAL- TUN- GEN

DO 29.4.
FEST DES
AFRIKANISCHEN
STUDENTENVEREINS
FILM, ESSEN & MUSIK
AUS AFRIKA

1.- DM

DI 4.5.
THEATER-
WERKSTATT:
SZENEN ZU
"KRIEG
UND
FRIEDEN"

SA 8.5.
ROBBY S. BAND

(BLUES)

A
L
L
E
S
I
M
S
C
H
L
O
S
S
K
E
L
L
E
R